

Die 14. Bundestagswahl 1998

Antje Hilbig und Wilhelm Steingrube

Am 27. September 1998 ist die 14. Deutsche Bundestagswahl durchgeführt worden. Bereits im Vorfeld war dieser Urnengang zu einem Paradebeispiel einer Persönlichkeitswahl hochstilisiert worden: Auf der einen Seite stand die Regierungskoalition mit ihrem „Einheitskanzler“ Helmut Kohl, der seit 16 Jahren die Regierung geführt hatte, und auf der anderen Seite der sozialdemokratische Herausforderer Gerhard Schröder, dessen Wahlkampagne konsequent nach amerikanischem Vorbild inszeniert worden war.

Erdrutschsieg

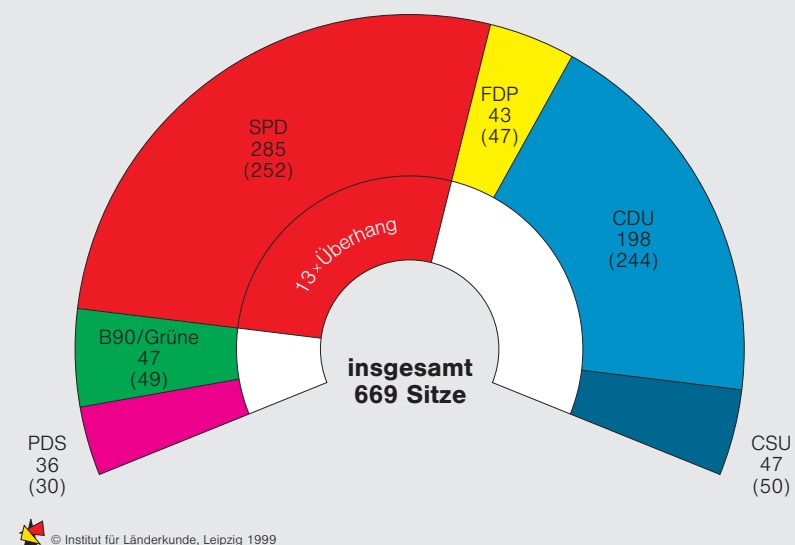
60,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger gaben ihre Stimmen ab. Die Wahlbeteiligung lag mit 82,2% etwas höher als

vier Jahre zuvor, aber dennoch weiter unter den Werten, die in Westdeutschland vor der Wiedervereinigung erzielt worden waren.

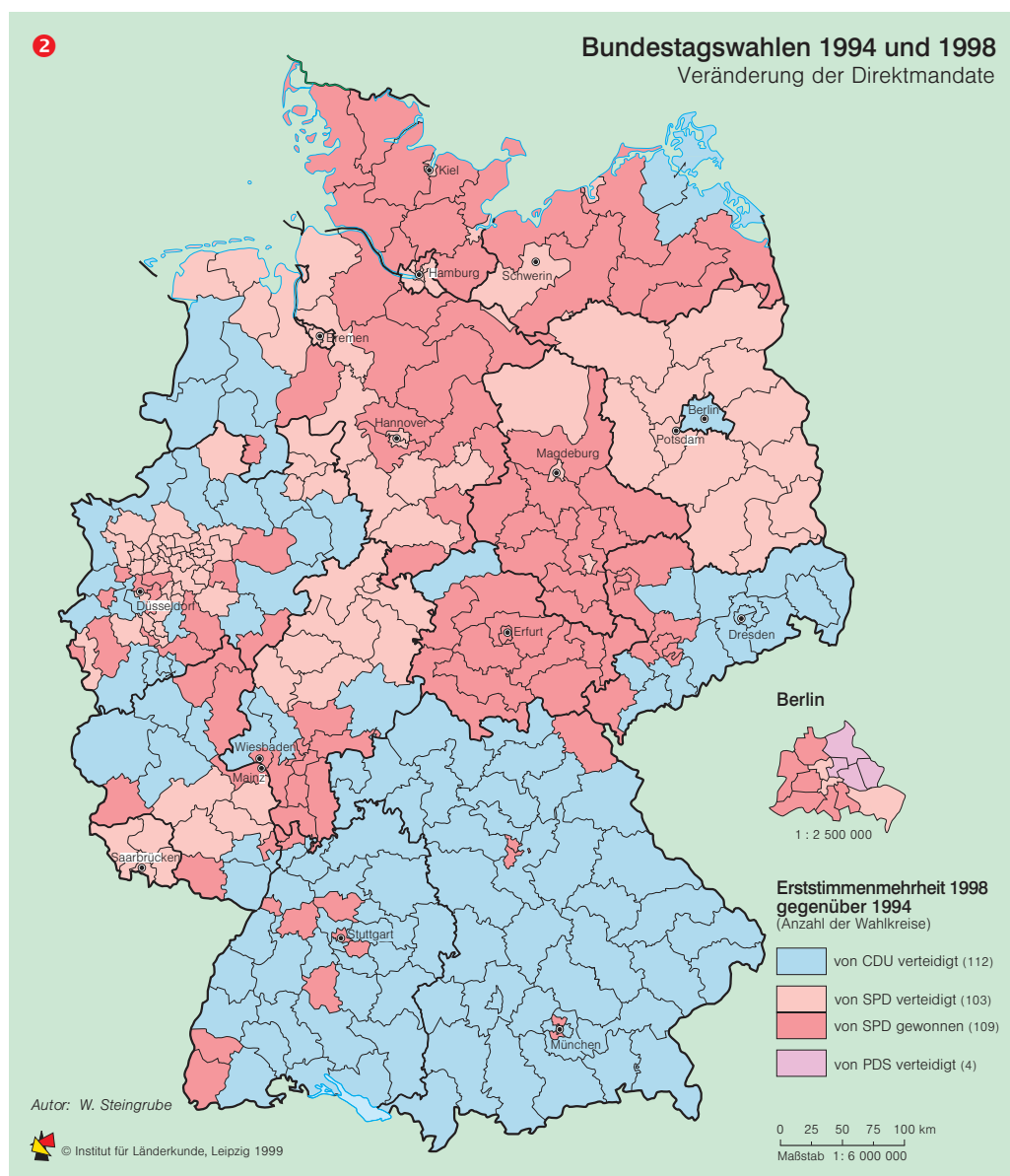
Das Wahlergebnis glich einem politischen Erdbeben: Die Sozialdemokratische Partei erzielte flächendeckend Gewinne, und die Regierungskoalition verzeichnete Verluste in einer Größenordnung, wie sie weder auf der politischen Ebene erwartet noch von den Medien und Wahldemoskopen prognostiziert worden waren.

Die erfolgreiche Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft und deutliche Einbrüche in der Unionswählerschaft bildeten die Basis für den überwältigenden Sieg der Sozialdemokraten (SPD): Mit 40,9% der Stimmen ging die SPD

1 Sitzverteilung im 14. Deutschen Bundestag



2 Bundestagswahlen 1994 und 1998 Veränderung der Direktmandate



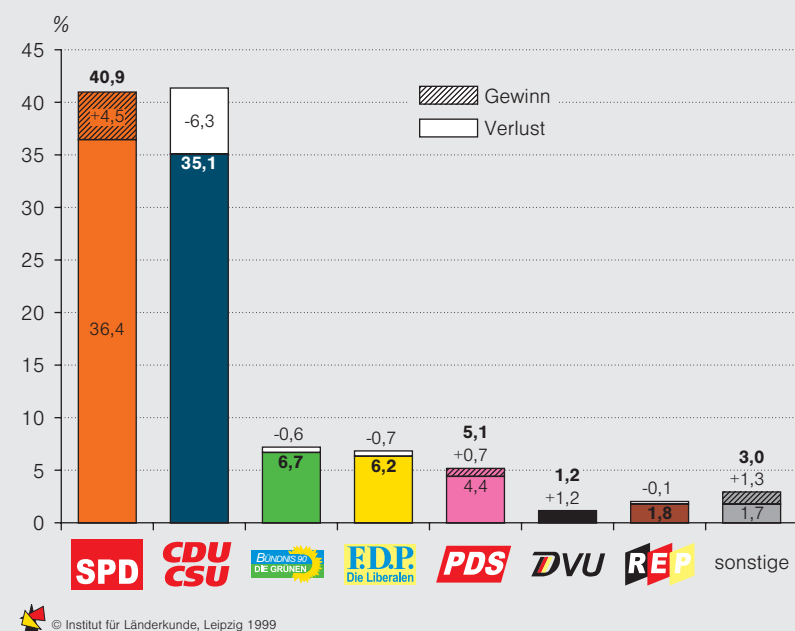
als stärkste Partei aus dieser Bundestagswahl hervor **3**. In genau 50 Wahlkreisen kam sie auf mehr als 50% der gültigen Stimmen; das höchste Ergebnis erzielte sie in „Gelsenkirchen I“ mit 63,2%.

Insbesondere in den nördlichen Bundesländern konnte die SPD stabile Mehrheitsverhältnisse auf- und ausbauen. Die höchsten Gewinne gelangen in Niedersachsen (+8,8% Prozentpunkte), Mecklenburg-Vorpommern (+6,5% P.) und Hamburg (+6,0% P.).

In den neuen Ländern etablierte sich die SPD ebenfalls als neue stärkste Partei, und sogar im Heimatland des amtierenden Kanzlers, in Rheinland-Pfalz, konnte die SPD erstmals die CDU überflügeln.

Die Christdemokraten (CDU/CSU) hatten 1983 mit dem damals neuen Kanzler H. Kohl ein Rekordergebnis (48,4%) erzielt. Doch seither ging es steil bergab. 1998 büßten sie zum vierten Mal in Folge Stimmenanteile ein und

3 Amtliches Wahlergebnis der Bundestagswahlen 1998 Gewinne und Verluste gegenüber 1994



mussten mit nur 35,1% ihr schlechtestes Resultat seit 1949 hinnehmen.

Das beste Ergebnis erzielte die CDU/CSU mit 58,8% der gültigen Stimmen in „Cloppenburg-Vechta“; aber insgesamt konnte in nur 20 Wahlkreisen die absolute Mehrheit erreicht werden. Es liegt nahe, diesen Wahlausgang als ein „Plebizit gegen Kohl“ zu werten, denn dort, wo der Kanzler 1990 noch „blühende Landschaften“ versprochen hatte, verlor die CDU über 10 Prozentpunkte und kam in den neuen Ländern insgesamt auf weniger als 28%. In Sachsen war sogar ein Verlust von 15,3% Prozentpunkten zu verbuchen.

Auch die CSU folgte diesem Trend, denn erstmals seit 1953 erhielt sie bei einer Bundestagswahl weniger als die Hälfte der gültigen Stimmen in Bayern (47,8%).

Bündnis 90/Die GRÜNEN konnten sich zwar als drittstärkste Partei etablieren, mussten allerdings auch geringe Verluste hinnehmen. Im Osten blieben sie weiterhin sehr schwach vertreten.

Die FDP (6,2%) erhielt nur noch etwa die Hälfte der Stimmen, die sie 1990 erzielt hatte.

Die PDS schaffte die Fünf-Prozent-Hürde und konnte sich damit als fünfte Partei etablieren. Gegenüber 1990 hat sie ihre Stimmenzahl fast verdoppelt und sich als Regional- sowie Milieupartei festigen können. Ihre Erfolge erzielte die PDS insbesondere in den ostdeutschen Hochburgen der CDU.

Die rechtsextremen Parteien waren vergleichsweise erfolglos: Selbst in der Summe konnten die verschiedenen rechten Splitterparteien nur in Sachsen, Brandenburg und vor allen Dingen in den schwäbischen Wahlkreisen Baden-Württembergs knapp über 5% der Stimmen auf sich vereinen.

Im Osten Deutschlands verlor die CDU ihre extreme Vormachtstellung, die sie 1990 vorgelegt hatte, aufgrund von zunehmender Desillusionierung durch die Probleme und Härten des Vereinigungsprozesses.

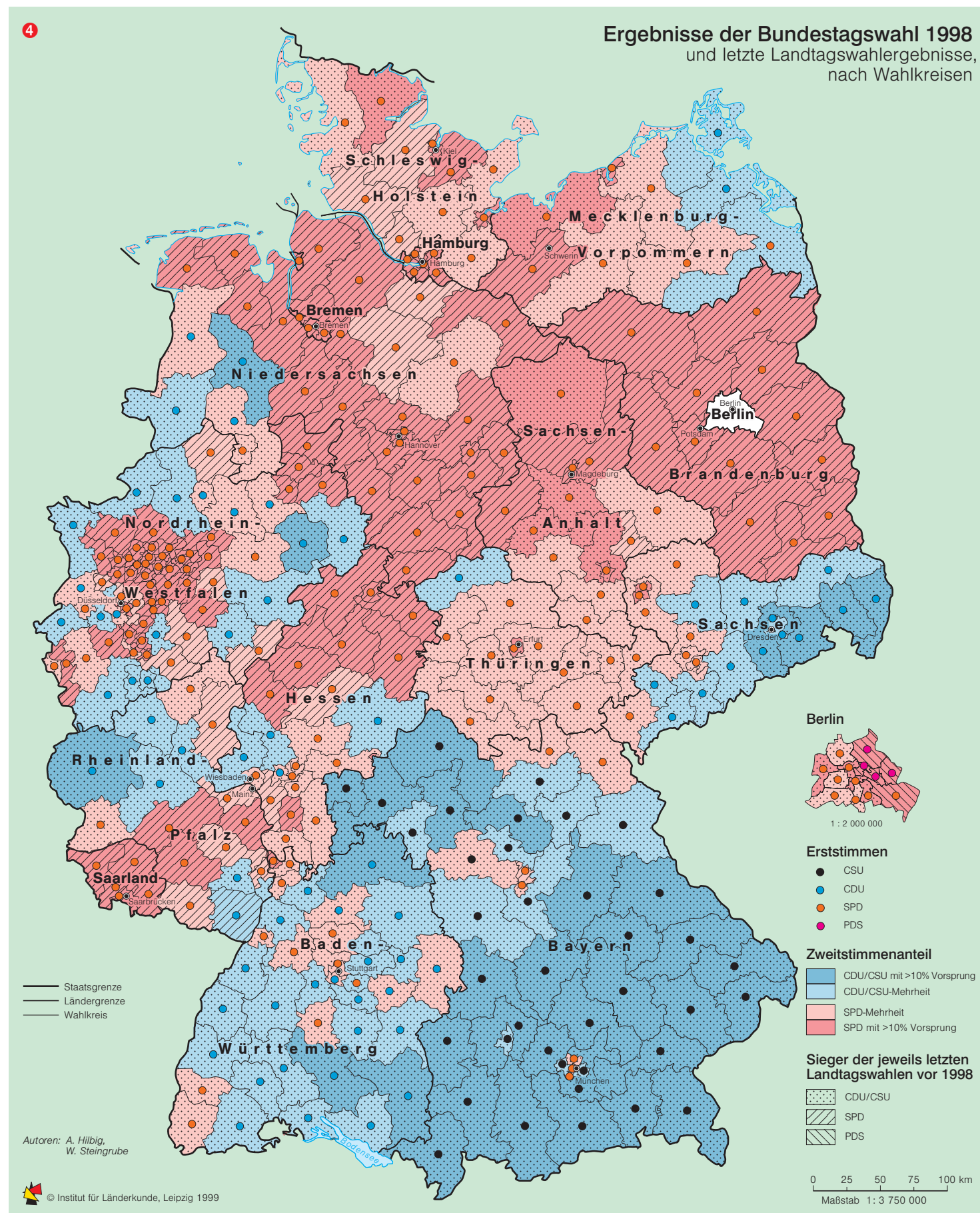
Stattdessen ist ein stabiles Dreiparteiensystem entstanden: SPD, CDU und PDS binden derzeit weit über 80% der Stimmen. Bündnis 90/Die GRÜNEN und die FDP finden hingegen kaum politische Resonanz.

Die Wahl der Direktkandidaten/innen ②

In nur 18 Wahlbezirken stimmen Zweitstimmenmehrheit und die Parteizugehörigkeit der gewählten Direktkandidatin bzw. des Kandidaten nicht überein.

Die Dominanz der SPD zeigt sich im Ergebnis der Erststimmen noch deutlicher als bei den Zweitstimmen: Die SPD hat der CDU/CSU 109 Direktmandate abgenommen, in 212 der 328 Wahlkreise haben sich Kandidat/innen der SPD durchgesetzt. Die CDU/CSU hat nur noch 112 Wahlkreise und die PDS hat (in Berlin) vier Mandate direkt gewonnen.

In Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg



besetzt die SPD flächendeckend und in Thüringen mit einer einzigen Ausnahme ebenfalls sämtliche Wahlkreise.

Die SPD erhielt zusätzlich 13 Parlamentssitze als sog. Überhangmandate; davon wurde ein Mandat in Hamburg und die übrigen in den neuen Ländern hinzugewonnen.

Diese deutliche Mehrheit zugunsten der SPD wird in der kartographischen Darstellung allerdings nicht so deutlich, weil die Kandidat/innen der CDU/CSU

in erster Linie die flächenhaften Wahlkreise in den ländlichen Regionen gewonnen haben.

Die Regierungsbildung

Aufgrund der Verteilung der Parlamentssitze konnte sich die SPD den Regierungspartner aussuchen: Neben der theoretischen Möglichkeit einer großen Koalition mit der CDU hätte die SPD rechnerisch sowohl mit den GRÜNEN wie auch mit der FDP oder mit der CSU

eine Mehrheit erreicht. Die dann mit den GRÜNEN gebildete Regierungskoalition verfügt über 345 der 669 Sitze ① im Deutschen Bundestag.◆